



## **Kleine Anfrage**

**Saadet Sönmez (DIE LINKE) vom 24.02.2023**

**Aufnahme von Asylsuchenden und Geflüchteten in Hessen  
und Finanzierung der damit zusammenhängenden Kosten – Teil II**

**und**

**Antwort**

**Minister für Soziales und Integration**

Ich beantworte die Kleine Anfrage im Einvernehmen mit dem Minister der Finanzen wie folgt:

- Frage 1. Welche Kosten (Benennung des Verwendungszwecks), die bei den Landkreisen und Kreisfreien Städten im Zusammenhang mit der Unterbringung, Versorgung und Betreuung von Asylsuchenden, anerkannten Flüchtlingen und Kriegsvertriebenen aus der Ukraine entstehen, werden zu welchem Anteil aus
- Landesmitteln erstattet (Bitte unter Nennung der Gesetzesgrundlageaufschlüsseln)?
  - Bundesmitteln erstattet (Bitte unter Nennung der Gesetzesgrundlageaufschlüsseln)?

Zu 1a)

Als Ausgleich für die Versorgung und Unterbringung der zugewiesenen Personen, die leistungsberechtigt nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) sind, erhalten die Landkreise und Gemeinden vom Land eine Erstattung nach dem Landesaufnahmegesetz (LAG) in Form einer Pauschale pro Person und Monat, die sog. LAG-Pauschale, § 7 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 LAG.

Um die Gebietskörperschaften bei der sozialen Betreuung der nach dem LAG aufzunehmenden Personen, die bereits einen Schutzstatus zuerkannt bekommen haben, sowie deren Integration zu unterstützen, erhalten diese ferner ein einmaliges Integrationsgeld, § 7 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 LAG.

Darüber hinaus werden die Kosten für die gesundheitliche Betreuung und Versorgung erstattet, soweit sie den Betrag von 10.000 € je Person und Kalenderjahr übersteigen. Die Erstattung erfolgt in diesen Fällen nach Einzelnachweis, § 7 Abs. 2 LAG.

Zu 1b)

Der Bund beteiligt sich an den Aufwendungen der kommunalen Träger für die Kosten der Unterkunft und Heizung in der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) II. Erfasst sind diesbezügliche Kosten der Bedarfsgemeinschaften von (anerkannten) Flüchtlingen, soweit sie im SGB II leistungsberechtigt sind. Hierbei erstattet der Bund an das Land 67,2 % der Aufwendungen nach § 46 Abs. 5ff. SGB II (wobei in dieser Erstattung unter anderem auch ein Ausgleich für die Bildungs- und Teilhabeleistungen enthalten ist), der hinsichtlich aller Bedarfsgemeinschaften im SGB II einheitlich gilt; die Verteilung an die Kommunen richtet sich nach der Bundesbeteiligungsweiterleitungs-Verordnung.

- Frage 2. Wie viel Geld wurde den Landkreisen und kreisfreien Städten seit Beginn des Jahres 2022 bis jetzt monatlich jeweils für die in 1. genannten Personengruppen überwiesen (bitte nach Kommune, Personengruppe, Verwendungszweck und Landes- oder Bundesmittel aufschlüsseln)?

Der Tabelle (Anlage 1) können die für das Jahr 2022 geleisteten Erstattungs- und Abschlagszahlungen nach dem Landesaufnahmegesetz entnommen werden.

Anhand der Aufwendungen für die Kosten der Unterkunft und Heizung im SGB II werden die Beträge ermittelt, die den Landkreisen und kreisfreien Städten als Träger aufgrund der Bundesbeteiligung erstattet werden. Die Angaben zu den Zahlungsansprüchen der Bedarfsgemeinschaften mit erwerbsfähigen Leistungsberechtigten im Kontext von Fluchtmigration und der Bedarfsgemeinschaften mit mindestens einem Regelleistungsberechtigten mit der Staatsangehörigkeit Ukraine (Anlage 2) zeigen den Anteil der Bedarfsgemeinschaften mit Flüchtlingen an diesen Aufwendungen auf. Bei der Überweisung bzw. Mittelverteilung an die kommunalen Träger erfolgt keine Abgrenzung nach Personengruppen innerhalb des SGB II.

Hinzuweisen ist darauf, dass weitere Zahlungen seitens des Bundes im Hinblick auf die Flüchtlinge im Bereich des SGB II geleistet wurden; die Abwicklung erfolgte jedoch nicht über die Finanzierungswege des SGB II.

Frage 3. Wie viele der seitens des Bundes bereitgestellten Immobilien für die Aufnahme und Unterbringung von Asylsuchenden und Geflüchteten befinden sich in Hessen und wie viele von diesen sind bezugsbereit (Bitte mit Angabe von Ort, Zustand und Aufnahmekapazität aufschlüsseln)?

Frage 4. Konnten diese bereits zur Unterbringung von Asylsuchenden und Geflüchteten genutzt werden?

Frage 5. Wenn ja, wie viele Menschen konnten in diesen bisher untergebracht werden?

Frage 6. Wenn nein, warum nicht?

Die Fragen 3 bis 6 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Der Landesregierung ist nicht bekannt, wie viele in Hessen gelegene Immobilien der Bund den Landkreisen und Kommunen zur Unterbringung von Asylsuchenden und Geflüchteten zur Verfügung gestellt hat. Dem Land werden zur Unterbringung von Asylsuchenden und Geflüchteten derzeit fünf Liegenschaften von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) überlassen. Es handelt sich um die Standorte in Neustadt (Ernst-Moritz-Arndt-Kaserne mit einer Kapazität von 930 Plätzen), Fuldata-Rothwesten (Fritz-Erler-Kaserne mit einer Kapazität von 543 Plätzen), Friedberg (Ray Barracks mit einer Kapazität von 1.096 Plätzen) und Darmstadt (Kelley-Barracks mit einer Kapazität von 750 Plätzen sowie die Starckenburgkaserne mit einer Kapazität von 350 Plätzen). Diese Standorte werden bzw. wurden sämtlich zur Unterbringung von Asylsuchenden und Flüchtlingen in der Erstaufnahmeeinrichtung Hessen (EAEH) genutzt. Die tagesaktuelle Belegung der Standorte der EAEH variiert in Abhängigkeit von den jeweiligen Zu- und Abgängen.

Frage 7. Falls bei den Bundesimmobilien noch Instandsetzungsbedarf besteht: werden diese aktuell schon renoviert und bis wann wird die Instandsetzung voraussichtlich abgeschlossen sein?

Frage 8. Liegt die Federführung für die Renovierungsarbeiten bei den Kommunen, in denen sich die Bundesimmobilie befindet?

Frage 9. Übernimmt der Bund die vollen Kosten der Instandsetzung der Immobilien?

Die Fragen 7 bis 9 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Die Landesregierung hat keine Informationen über etwaigen Instandsetzungsbedarf in Bundesimmobilien, die den Landkreisen und Kommunen zur Unterbringung von Asylsuchenden und Geflüchteten zur Verfügung gestellt wurden. Die dem Land überlassenen Immobilien waren bzw. sind bereits in Betrieb. Instandsetzungsbedarf zur Herstellung einer erstmaligen Bezugsbereitschaft dieser Immobilien besteht insoweit innerhalb der überlassenen Bereiche nicht mehr. Die BImA überlässt den Gebietskörperschaften (Bedarfsträger) aufgrund eines Haushaltsvermerks Grundstücke aktuell mietzinsfrei, soweit und solange diese der Unterbringung von Asylsuchenden (Erst- und Anschlussunterbringung) und Geflüchteten dienen und eigene bedarfsgerechte Unterbringungsmöglichkeiten beim Bedarfsträger fehlen. Die Überlassung erfolgt in dem jeweiligen aktuellen Bauzustand. Dabei erstattet die BImA den Ländern, Kreisen und Kommunen gegen Nachweis die entstandenen, notwendigen und angemessenen Erstinstandsetzungs- und Erschließungskosten (Herrichtungskosten), die zur erstmaligen Unterbringung von Geflüchteten und Asylsuchenden in von der BImA seit dem 01.01.2015 oder später mietzinsfrei überlassenen Liegenschaften im Eigentum der BImA aufgewendet worden sind. Die Zuständigkeit für etwaige Renovierungsarbeiten liegt beim jeweiligen Bedarfsträger.

Wiesbaden, 6. April 2023

**Kai Klose**

Kleine Anfrage 20/10629

Anlage 1

2022	LAG-Pauschale	Abschlagszahlung	Integrationsgeld	Abschlagszahlung	Insgesamt in 2022
		Q3-2022		Q4-2022	
DA	4.838.574,00 €	1.630.980,00 €	216.000,00 €	81.000,00 €	<b>6.766.554,00 €</b>
FFM	30.560.088,00 €	8.057.361,00 €	13.758.000,00 €	4.662.000,00 €	<b>57.037.449,00 €</b>
OF	1.346.358,00 €	649.194,00 €	1.374.000,00 €	567.000,00 €	<b>3.936.552,00 €</b>
WI	11.595.948,00 €	kein Antrag	5.757.000,00 €	kein Antrag	<b>17.352.948,00 €</b>
KS	0,00 €	3.005.100,00 €	0,00 €	2.847.000,00 €	<b>5.852.100,00 €</b>
BERG	16.095.888,00 €	3.123.873,00 €	3.804.000,00 €	2.964.000,00 €	<b>25.987.761,00 €</b>
DADI	15.643.692,00 €	3.159.648,00 €	2.232.000,00 €	4.149.000,00 €	<b>25.184.340,00 €</b>
GG	8.196.768,00 €	2.577.231,00 €	366.000,00 €	1.506.000,00 €	<b>12.645.999,00 €</b>
HTK	9.146.952,00 €	2.963.601,00 €	3.678.000,00 €	2.763.000,00 €	<b>18.551.553,00 €</b>
MKK	17.558.370,00 €	3.922.371,00 €	7.212.000,00 €	3.420.000,00 €	<b>32.112.741,00 €</b>
MTK	9.968.346,00 €	2.972.187,00 €	3.762.000,00 €	2.145.000,00 €	<b>18.847.533,00 €</b>
Odw	701.190,00 €	kein Antrag	516.000,00 €	kein Antrag	<b>1.217.190,00 €</b>
OFL	14.630.544,00 €	2.773.278,00 €	4.413.000,00 €	2.211.000,00 €	<b>24.027.822,00 €</b>
RTK	8.319.834,00 €	2.515.698,00 €	3.954.000,00 €	1.389.000,00 €	<b>16.178.532,00 €</b>
WTK	6.645.564,00 €	3.371.436,00 €	645.000,00 €	2.799.000,00 €	<b>13.461.000,00 €</b>
GI	5.286.438,00 €	2.994.858,00 €	435.000,00 €	3.192.000,00 €	<b>11.908.296,00 €</b>
LDK	15.171.840,00 €	3.112.071,00 €	1.047.000,00 €	4.863.000,00 €	<b>24.193.911,00 €</b>
LW	4.227.570,00 €	2.100.615,00 €	237.000,00 €	2.073.000,00 €	<b>8.638.185,00 €</b>
MB	4.461.996,00 €	2.948.763,00 €	267.000,00 €	3.630.000,00 €	<b>11.307.759,00 €</b>
VBK	3.374.154,00 €	1.027.260,00 €	135.000,00 €	1.023.000,00 €	<b>5.559.414,00 €</b>
FD	6.740.406,00 €	kein Antrag	6.750.000,00 €	kein Antrag	<b>13.490.406,00 €</b>
HR	2.723.556,00 €	1.820.094,00 €	2.688.000,00 €	2.139.000,00 €	<b>9.370.650,00 €</b>
KS_L	3.819.300,00 €	3.587.508,00 €	303.000,00 €	3.639.000,00 €	<b>11.348.808,00 €</b>
SEK	3.874.614,00 €	1.980.768,00 €	420.000,00 €	1.707.000,00 €	<b>7.982.382,00 €</b>
WF	7.427.880,00 €	2.336.358,00 €	2.379.000,00 €	3.669.000,00 €	<b>15.812.238,00 €</b>
WMK	3.255.624,00 €	966.678,00 €	2.214.000,00 €	1.386.000,00 €	<b>7.822.302,00 €</b>
	<b>215.611.494,00 €</b>	<b>63.596.931,00 €</b>	<b>68.562.000,00 €</b>	<b>58.824.000,00 €</b>	<b>406.594.425,00 €</b>

# Kleine Anfrage 20/10629

## Anlage 2

### Kosten der Unterkunft und Heizung im SGB II Erwerbsfähige Leistungsberechtigte im Kontext von Fluchtmigration (ohne ELB mit ukrainischer Staatsangehörigkeit) sowie deren Bedarfsgemeinschaften

2022	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober
Gebiet	Summe Zahlungen- ansprüche für laufende KdU in Euro	Summe Zahlungen- ansprüche für laufende KdU in Euro	Summe Zahlungen- ansprüche für laufende KdU in Euro	Summe Zahlungen- ansprüche für laufende KdU in Euro	Summe Zahlungen- ansprüche für laufende KdU in Euro	Summe Zahlungen- ansprüche für laufende KdU in Euro	Summe Zahlungen- ansprüche für laufende KdU in Euro	Summe Zahlungen- ansprüche für laufende KdU in Euro	Summe Zahlungen- ansprüche für laufende KdU in Euro	Summe Zahlungen- ansprüche für laufende KdU in Euro
Darmstadt, Wissenschaftsstadt	665.291	662.923	671.170	669.325	669.814	667.160	672.132	681.776	677.478	696.100
Frankfurt am Main, Stadt	2.270.714	2.242.263	2.233.117	2.213.405	2.207.305	2.213.749	2.215.334	2.221.458	2.234.039	2.246.866
Offenbach am Main, Stadt	98.341	103.847	105.334	111.413	107.388	106.882	107.461	113.379	111.771	114.759
Wiesbaden, Landeshauptstadt	1.012.116	1.010.349	1.011.904	1.020.199	1.024.024	1.021.000	1.041.363	1.059.297	1.073.758	1.081.548
Bergstraße	588.378	599.446	608.337	599.183	598.313	614.713	637.998	640.540	660.055	683.531
Darmstadt-Dieburg	723.774	734.684	723.984	737.977	731.268	768.654	750.999	757.330	747.771	768.175
Groß-Gerau	832.318	826.424	840.712	826.848	843.767	858.521	857.103	853.757	873.728	900.799
Hochtaunuskreis	523.238	596.955	599.858	598.518	589.287	569.848	558.555	554.576	537.720	527.180
Main-Kinzig-Kreis	988.580	1.014.591	1.027.188	1.034.544	1.028.342	1.046.702	1.060.313	1.086.778	1.069.484	1.072.795
Main-Taunus-Kreis	663.588	625.933	650.306	648.878	651.452	638.114	653.964	660.928	638.039	691.871
Odenwaldkreis	62.679	62.304	61.183	58.126	56.280	55.367	55.128	57.610	60.423	60.252
Offenbach	919.854	926.470	950.276	936.957	952.088	955.523	970.992	989.809	991.803	989.340
Rhengoau-Taunus-Kreis	497.871	506.708	508.137	509.570	514.730	504.296	490.960	494.303	504.440	490.705
Weitaraukreis	536.062	547.573	548.565	549.509	547.791	533.065	532.881	526.740	520.148	525.775
Gießen	951.568	952.062	943.160	942.196	943.568	937.783	921.857	907.717	891.524	878.698
Lahn-Dill-Kreis	689.277	693.888	704.285	693.962	694.880	707.682	718.541	738.757	744.852	768.622
Limburg-Weilburg	291.960	305.553	290.722	280.516	282.676	280.094	284.669	292.536	296.556	306.904
Marburg-Biedenkopf	506.303	509.707	516.018	500.421	501.970	523.342	540.481	558.083	543.896	555.865
Vogelsbergkreis	131.216	139.230	137.127	139.835	136.540	134.997	132.526	137.353	135.797	127.397
Kassel, documents-Stadt	1.158.614	1.162.343	1.180.731	1.179.964	1.161.343	1.189.117	1.175.451	1.170.977	1.169.023	1.134.047
Fulda	378.590	394.183	390.809	395.522	414.549	415.042	424.468	432.931	444.639	455.441
Herfeld-Rotenburg	136.901	142.575	134.531	134.086	132.144	124.501	125.013	126.247	126.404	127.931
Kassel	335.339	351.896	355.819	332.769	346.927	350.058	361.982	366.132	369.088	385.694
Schwalm-Eder-Kreis	237.206	232.703	238.461	230.457	231.330	233.490	228.636	226.855	237.950	234.045
Waldeck-Frankenberg	237.508	243.673	239.255	239.228	241.489	243.512	243.512	245.315	251.921	253.318
Werra-Meißner-Kreis	158.105	165.403	157.092	157.306	156.886	152.065	154.917	157.781	152.854	151.012
Hessen	15.605.371	15.753.687	15.816.082	15.730.717	15.754.639	15.843.263	15.918.238	16.050.964	16.057.160	16.228.670

Hinweis: Erfasst sind erwerbsfähige Leistungsberechtigte im Kontext von Fluchtmigration mit erstmaligem Regelleistungsbezug im SGB II ab Oktober 2015. Personen im Kontext von Fluchtmigration umfassen drittsaatsangehörige Ausländer mit einer Aufenthaltserlaubnis Flucht, einer Aufenthaltsgestattung oder einer Duldung. Ab Juni 2022 sind die Leistungsberechtigten mit ukrainischer Staatsangehörigkeit nicht mehr enthalten.

Quelle: Bestand an erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (ELB) im Kontext von Fluchtmigration (ohne ELB mit ukrainischer Staatsangehörigkeit) sowie deren Bedarfsgemeinschaften (BG) und Zahlungsansprüche für laufende Kosten der Unterkunft (KdU) in Euro; Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Auftragsnummer 246036

**Kosten der Unterkunft und Heizung im SGB II  
Bedarfsgemeinschaften mit mindestens einem Regelleistungsberechtigten mit der Staatsangehörigkeit Ukraine**

2022	Juni	Juli	August	September	Oktober
Gebiet	Summe Zahlungsansprüche für laufende KdU in Euro	Summe Zahlungsansprüche für laufende KdU in Euro	Summe Zahlungsansprüche für laufende KdU in Euro	Summe Zahlungsansprüche für laufende KdU in Euro	Summe Zahlungsansprüche für laufende KdU in Euro
Darmstadt,	56.428	102.882	223.481	324.228	335.788
Wissenschaftsstadt	186.442	446.164	1.202.344	1.605.381	1.780.446
Frankfurt am Main, Stadt	83.520	102.470	126.499	125.012	139.935
Offenbach am Main, Stadt					
Wiesbaden,	328.462	427.105	522.671	624.437	637.694
Landeshauptstadt	285.945	286.397	304.789	455.628	497.505
Bergstraße	369.266	477.786	542.813	610.650	621.224
Darmstadt-Dieburg	194.436	261.680	399.665	668.110	769.378
Groß-Gerau	216.953	287.525	325.578	352.259	374.578
Hochtaunuskreis	279.903	316.666	445.701	426.120	523.067
Main-Kinzig-Kreis	55.991	336.429	405.168	450.306	485.693
Main-Taunus-Kreis	81.553	97.200	102.441	111.333	122.254
Odenwaldkreis	373.166	438.979	577.092	668.127	688.288
Offenbach	227.248	278.620	311.224	338.957	368.678
Rheingau-Taunus-Kreis	155.160	248.702	332.104	406.916	474.306
Wetteraukreis	315.379	379.445	456.285	546.502	615.594
Gießen	204.022	278.725	339.497	379.509	437.229
Lahn-Dill-Kreis	209.748	245.622	296.537	325.953	344.061
Limburg-Weilburg	405.122	432.214	516.494	562.996	578.302
Marburg-Biedenkopf	67.538	78.143	92.268	101.042	108.768
Vogelsbergkreis	485.280	548.499	602.445	641.399	660.344
Kassel, documenta-Stadt	299.628	326.704	339.635	378.523	405.104
Fulda	111.218	123.561	134.391	147.250	154.198
Hersfeld-Rotenburg	190.913	279.670	320.686	353.283	425.347
Kassel	144.258	181.812	223.815	252.271	267.299
Schwalm-Eder-Kreis	179.387	249.955	285.537	314.775	322.043
Waldeck-Frankenberg	74.546	98.788	108.953	118.249	122.292
Werra-Meißner-Kreis					
Hessen	5.581.512	7.331.741	9.538.114	11.279.214	12.259.413

Quelle: Bestand an Bedarfsgemeinschaften (BG) mit mindestens einem Regelleistungsberechtigten (RLB) mit der Staatsangehörigkeit Ukraine und deren Zahlungsanspruch an laufenden Kosten der Unterkunft (KdU) in Euro, Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Auftragsnummern 3326889/333787